



Nr. 162. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 5. April 1873

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

21. Sitzung des Herrenhauses. (4. April.)

10 Uhr. Am Ministerialen Fürst Bismarck, Graf Theophil, Graf Eulenburg, Leonhardt, Camphausen und Fall.

Der Präsident teilte mit, daß Se. Majestät die Glückwunsche des Herrenhauses zu Allerhöchstem Geburtstage huldvoll entgegengenommen habe und dem Hause seinen Dank ausprüche.

Ein Antrag v. Bernuth's und Genossen, das Herrenhaus wolle unter Aufhebung des Beschlusses vom 19. Februar d. J. die Vorberatung der vier kirchenpolitischen Gesetzentwürfe im Plenum vornehmen, wird durch Schlussverberatung erledigt werden. Referent Professor Schulze.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt v. Senfft-Pilsach, die zweite Nummer derselben (die zweite Abstimmung über das Verfassungs-Änderungsgesetz) heute abzulegen, weil das Herrenhaus von einer großen Zahl gegen dasselbe gerichteter Petitionen nicht erfährt, Kenntnis genommen habe. Das Haus lehnt mit großer Majorität den Antrag ab.

Gleichfalls vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt das Wort zu einer Erklärung.

Fürst Putbus: M. h. Bei Gelegenheit der Eisenbahndebatte bin ich von der Tribüne des anderen Hauses auf's beleidigende angegriffen worden wegen meines Verhältnisses zur Nordbahn. Ich war zu jener Zeit auf einer Reise zur Wiederherstellung meiner Gesundheit im Süden und kann daher erst heute von dieser Stelle diesen Angriffen entgegen treten. Ich halte mich dazu um so mehr verpflichtet, weil ich diesem hohen Hause, das mich Jahre lang mit seinem Wohlwollen und Vertrauen beehrt hat, Aufklärung zu schulden glaube. Ich muß es mir, und ich leugne nicht, mit einer gewissen Selbstüberwindung, versagen, in denselben schroffen, beleidigenden, die Ehre verlegernden Ausdrücken zu erwidern, mit denen ich angegriffen worden bin, ich glaube auch nicht, daß unter berechter Herr Präsident mir gestattet würde, solche Worte hier auszusprechen, und beschränke mich daher auf eine kurze sachgemäße Erklärung und bitte nur um Entschuldigung, wenn ich wegen der Verhältnisse, die mein engeres Vaterland Neuborpommern besonders angehen, etwas weiter ausgreifen muß.

Die Bahn ist von mir ins Leben gerufen worden, weil ich damit eine heilige Pflicht gegen diesen Landesteil glaubte erfüllen zu sollen. Derselbe hat in Folge der letzten Gesetze, gegen welche seine Vertreter zum Theil aufs Energischste protestiert haben, auf das Empfindlichste gelitten. Nur dadurch, daß neue Communicationswege eröffnet, Kapital und Industrie in das Land hineingezogen werden, ist es möglich, daß der alte Wohlstand wieder ausblüht. Der Staat hat für unsern Landesteil absolut nichts getan. Ich mache ihm daraus keinen Vorwurf, da wir alle wissen, daß die Mittel zu andern Zwecken verwandt werden müsten, ich constatiere nur das Fazit. Es ist eine Bahn gebaut worden, welche Berlin mit Stralsund verbindet. Dieselbe ist eine strategische, sie verbindet zwei militärisch wichtige Punkte mit einander, aber auf den Verkehr und die Entwicklung des Landes führt sie keinen Einfluß. Wie wir über die Lage dieser Bahn gedacht haben, geht aus dem Votum unseres damaligen Abgeordneten her vor, der lieber keine Bahn haben wollte, als diese. Es sind auch Prämien gezahlt worden für Chausseen; als Vorsitzender des neuverpommischen Communal-Landtages kann ich am besten beurtheilen, wie drüftig die Schulden sind, die wir zu diesem Zweck auf uns genommen haben und wie schwer es wird, die Zinsen und Amortisationen für diese Summen aufzubringen. Sonstige Communicationswege existieren bei uns nicht, die Wasserstraßen, die nach unseren Häfen führen, verlaufen von Jahr zu Jahr mehr. Die für Baggerarbeiten ausgelegten Summen sind unzureichend, Canäle existieren gar nicht oder nur in Projecten, die Zustände auf Rügen sind noch trauriger und wegen des Mangels an Communicationsmitteln mitunter unerträglich. Die an den Stufen des Thrones niedergelegten Petitionen sezen dies näher auseinander. Diese Motive haben mich veranlaßt, die Bahn ins Leben zu rufen, und ich bin stolz darauf, es durchgesetzt zu haben.

Der Herr Handelsminister hat diese Motive anerkannt. Er hat für mich, den Abwesenden, gewissermaßen die Vertheidigung übernommen, und ich bin ihm dankbar dafür, wenn ich auch gewünscht hätte, daß diese Vertheidigung noch durchschlagender gewesen wäre. Die Anschuldigung daher, als hätte ich die Bahn des Geldgewinnes wegen ins Leben gerufen, weiß ich hiermit als eine Unwahrheit zurück. Weder ich, noch die Herren, welche mit mir das Unternehmen ins Leben gerufen haben, haben irgendwie die Concession verlaufen oder aus derselben irgend einen Gewinn gezogen; selbstverständlich sind nur diejenigen Kosten, welche wegen des Unternehmens aufgeworden sind, zum Erfolg zu bringen. Ob und wie mir darüber ein Vorwurf zu machen ist, daß ich mit der Bereinigung von Provinzen u. s. w. nicht vorsam genug umgegangen bin, darüber haben nur diejenigen zu urtheilen, welche pecuniär bei dem Unternehmen interessirt sind. Und diese haben in einer Generalversammlung, welche schon vor der Laskerischen Rede zusammenberufen war und in einer Zeit, wo die Gemüther fürrisch bewegt waren, abgehalten wurde, sich mit dem Stande des Unternehmens zufrieden erklärt. Ich habe mich i. B. darauf befrüchtet müssen, nach bestem Gewissen als Ehrenmann zu handeln, und da ich never Kaufmann noch Jurist bin, den Rat befreiter Sachverständiger befolgt. Ich könnte mit diesen Erklärungen, deren Wahrheit ich allen Anschuldigungen gegenüber zu vertreten bereit bin, schlafen. Diese Lage der Sache gibt mir aber doch Veranlassung, nicht nur diesem hohen Hause, sondern auch dem gesammten Laude ein Wort zur ernstesten Prüfung und Erwägung zu unterbreiten. Ich erkläre mich mit den Motiven, welche den Abg. Lasler zu seinen Anklagen bewogen haben, völlig einverstanden. Ich will hoffen, daß aus dieser ganzen Verhandlung Gesetze hervorgehen zum Wohl der Entwicklung unseres Vaterlandes.

Wenn es aber schon gefährlich ist, daß von der Tribune herab zu Vergründung einer Behauptung Angriffe persönlich beleidigender Art ungestrickt ausgesprochen werden können, wenn die Ehre eines Mannes, sein thauertes Gut, welches er sein Leben lang rein und heilig gehalten hat, zur Illustration einer unreinen Idee angegriffen werden kann und alle diejenige Mittel, die sonst einem Manne zuliehen, seine Ehre zu wahren, hilflos werden, um wie viel mehr steigt diese Gefahr, wenn der selbe Mann in derselben Angelegenheit Untersuchungsrichter sein darf, wenn er berechtigt ist, in derselben Angelegenheit ein endgültiges Urteil abzugeben. Denn in der Special-Untersuchungs-Commission ist ein neuer Gerichtshof geschaffen, gegen den eine Appellation, ja vor dem nicht einmal eine Vertheidigung möglich ist. Es ist der Gerichtshof der öffentlichen Meinung. Es ist in der Tat nur der Menschen begründet, daß Kläger und Richter nicht in einer Person vereinigt sein können, ein Grundatz, der in der Gesetzesgebung aller Völker aufrecht erhalten worden ist, selbst der außnerigistischen Kulturstufe stehenden. Ich verstehe nicht, wie Herr Lasler, der doch Jurist ist, eine solche Stellung, wenn sie ihm auch übertragen ist, hat annehmen können. Mir ist von meinen Freunden der Rath ertheilt worden, die Erklärung nicht abzugeben, und zwar deshalb nicht, weil dadurch vielleicht Unrat gegeben werden könnte, daß die Debatte wieder auf das persönliche Gebiet zurückgeführt und ich neuen Beleidigungen ausgesetzt werden könnte. Ich bin meinen Freunden für diesen Rath dankbar gewesen, aber ich habe ihn nicht befolgen können, denn ich hatte nur die Wahl, entweder leise zu schwigen oder mich jeder Eventualität auszusetzen. Ich kannte das Erste nicht und fürchte das Zweite nicht.

Ich konnte das Erste nicht thun, weil ich schon zwei Monate lang diesen Anschuldigungen ausgesetzt war, ohne mich vertheidigen zu können, weil ich schon zwei Monate lang die hämischen Bemerkungen der Presse und des Publikums habe anhören müssen und schon zwei Monate lang darauf gewartet habe, von dieser Stelle aus mit Entrüstung solche Angriffe zurückzuweisen. Ich fürchte das Andere nicht, denn als Mitglied des Herrenhauses habe ich das Recht, von dieser Stelle aus meine Vertheidigung zu führen und zum Lande zu sprechen, wenn auch mit weniger Berechtigung als mein Gegner. Was soll aber Derjenige thun, der ebenso beleidigt diese Stelle hier verschlossen findet? Der Rath meiner Freunde kann Ihnen beweisen, welchen Zuständen wir entgegensehen, wenn Grundsätze, wie die Siebziger Regeln zur Anwendung gekommen sind, auch für die Zukunft maßgebend sein sollen, wenn die Tribune herabgewürdigt werden kann zu einer Stelle, von der Antipathien oder Sympathien gegen Personen und

Parteien in beleidigendster Form ihren stratosphen Ausdruck finden können. Ich hoffe, daß es ehrenhafte und mutige Männer in unserem Vaterlande genug gibt, welche sich dieser Bemerkung anschließen und ebenso, wie ich es thue, protestieren möchten gegen ein solches, bei allen civilisierten Völkern unerhörtes Verfahren.

Ohne wesentliche Debatten werden darauf die Gesetzentwürfe, betreffend die Dotiration der Provinzial- und Kreisverbände und betreffend die Organisation der Generalcomissionen für Posen, Pommern und Brandenburg genehmigt. Ohne Debatte wird in zweiter, namentlicher Abstimmung, betreffend die Abänderung der Art. 15 und 18 der Verfassung mit 87 gegen 53 Stimmen angenommen; Fürst zu Putbus erhält sich der Abstimmung. Bei der ersten Abstimmung wurden 93 Stimmen für, 63 gegen die Vorlage abgegeben.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über den Vorschlag des Präsidenten: Im § 17 der Geschäftsordnung zu den Fachkommissionen hinzufügen eine für communale Angelegenheiten und eine für Agrarverhältnisse.

Der Referent Graf zu Eulenburg empfiehlt die Annahme des Antrages.

Graf Münster: Ich habe den Antrag in der Commission belämpft, weil ich die Zahl der Comissionen nicht vermehren möchte. Außerdem ist unsere ganze Geschäftsordnung höchst mangelhaft und eine Revision sehr zu wünschen. Ich möchte sie aber nicht vornehmen, bevor ich nicht weiß, wie es mit der Zukunft des Hauses beschaffen ist. Ich wünsche zu wissen, ob die Regierung das, was sogar in offiziellen Blättern in Beziehung auf dieses Haus veröffentlicht ist, zu realisiren beabsichtigt. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, wünsche ich eine Reform des Hauses einmal als Mitglied einer neuen Provinz, die in diesem Hause noch nicht genügend vertreten ist. Ein anderer Grund für die Reform ist die Erneuerung einer großen Anzahl neuer Mitglieder für einen bestimmten Zweck. Ich bekenne, daß wir dadurch neue und gute Kräfte gewonnen haben. Es ist nicht leicht, in Gegenwart der Herren über diese Sache zu sprechen; ich halte mich aber als Mitglied dieses Hauses für verpflichtet, davon zu sprechen, weil man ein Haus haben muss, welches der Regierung widerstehen kann. Diesen Widerstand kann es nicht leisten, wenn es von der jeweiligen Regierung abhängt, zu einem bestimmten Zwecke durch Erneuerung von Mitgliedern die Majorität zu ändern. Ich habe geglaubt, eine solche Frage an die Staatsregierung, die freilich jetzt sehr schwach vertreten ist (es befindet sich nur Graf Theophil als Ministerialer), richten zu müssen. Wenn Sie auf diese Frage heute nicht antworten, so behalte ich mir vor, bei seiner späteren Gelegenheit eine Interpellation oder einen dahin gehenden Antrag einzubringen. Bis zu einer solchen Reform weise ich jeden Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung zurück.

Feldmarschall von Steinmetz: Es ist mehrfach in Anregung gebracht worden, daß Seine Majestät eine Anzahl von Mitgliedern aus Allerhöchstem Vertrauen in dieses Hause berufen habe. Ich habe absichtlich bis jetzt dazu geschwiegen, um entbehrlisches Sprechen zu vermeiden. Daß man sich aber immer wieder darauf berufen hat, kann ich nicht verstehen. Meines Wissens hat Niemand ein höheres Recht als diejenigen, die aus Allerhöchstem Vertrauen berufen sind; es ist den älteren Mitgliedern so gut wie uns das Recht verliehen worden. Sie können aber auch ruhig sein darüber, wie diese Personen ihre Meinung abgeben werden. Ich kann versichern, daß Niemand von uns seine Stimme auf Commando, sondern aus innigster Überzeugung abgibt, wie Sie alle. Ich bitte Sie, diese Sache nicht wieder zur Sprache zu bringen.

Graf Münster: Ich bedaure diesem leichten Wunsche unserer Gebrüder Generalfeldmarschall nicht nachkommen zu können; ich fürchte, daß wir noch sehr oft diese Frage befredigen müssen. Daß die neu eingetretene Mitglieder mit den älteren Mitgliedern nicht gleichberechtigt wären, habe ich gar nicht befürchtet, sondern gesagt, wie hätten in denselben neue Kräfte gewonnen. Ich habe mich nur gegen das Prinzip gewendet, daß es der Regierung zusteht, eine beliebige Anzahl von neuen Mitgliedern zu ernennen.

Der Antrag, die beiden genannten Commissionen im § 17 hinzuzufügen, wird angenommen. Ebenso ein Antrag den § 21 zu streichen. In demselben wurde die Zahl der Mitglieder für die Budgetcommission auf 25 festgesetzt; jetzt wird also die Budgetcommission gleich den andern Commissionen nur 15 Mitglieder haben.

Schluss 1 Uhr; nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Erbschaftsteuer; Antrag v. Bernuth, die Kirchengesetze im Plenum zu beraten, mehrere kleinere Vorlagen.)

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

15. Sitzung des Reichstages. (4. April.)

1 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, Camphausen u. A. Die Tribünen sind überfüllt.

Die Wahl des Abg. Bebel ist von der betr. Abteilung geprüft und für gültig erklärt worden.

Auf der Tagssitzung steht die von zahlreichen Mitgliedern unterstützte Interpellation des Abg. Lasler:

1. Sind die Missbräuche, welche im Zusammenhange mit dem jetzigen Zustande und der öffentlichen Handhabung der Gesetze über das Aktienwesen bei der Gründung und Verwaltung von Aktiengesellschaften obwalten und zur Schädigung der Interessen des Publikums gereichen, zur Kenntnis der Reichsregierung gelommen?

2. Gedient die Reichsregierung den Uebelständen Abhilfe zu verschaffen?

Beabsichtigt sie zu diesem Zwecke eine Abänderung der jetzt bestehenden Gesetze herzuführen und dem Reichstage hierüber eine Vorlage zu machen?

Abg. Lasler: Schon im vorigen Jahre habe ich im Reichstage mit mehreren Andern über die Missstände, die in neuerer Zeit auf Grundlage des älteren und des neuen Aktiengesetzes sich entwickelt haben, einige Vermerkungen zu machen gehabt. Von Verbesserungsanträgen haben wir ab, weil uns damals die genügende Zeit fehlte. Im preußischen Landtage hat nun dieser Gegenstand eine etwas lebhaftere Fortsetzung erfahren. Auch dort wurde zuerst der Gegenstand ganz allgemein angeregt über das Aktienwesen und die Gründungen neuerer Zeit bei Gelegenheit des sehr reichen Stempeltrittes. Dann aber brachte es der Gang der Verhandlung mit sich, daß der Gegenstand speziell zu einer viel lebhafteren Erörterung und auch zu greifbaren Resultaten bei der Verwaltung des Eisenbahnwesens geführt hat. Ich sehe die Vorgänge im preußischen Landtage als bekannt vor.

Die Special-Untersuchungskommission hat einen Theil ihrer Aufgabe nahm vollendet und ich würde genauere Mitteilungen über die Resultate der Untersuchung — die nicht den Charakter einer vertraulichen Unterhandlung hat — machen können, indeß ich glaube, daß der Reichstag für diese Einzelheiten nicht Interesse hat, soweit sie nicht geeignet sind, den Gegenstand dieser Interpellation zu illustrieren. Nur allgemein will ich bemerken, daß keine einzige Angabe von denen, die ich im Landtage über einzelne Gegenstände gemacht habe, unerhört geblieben ist (hört! hört! links!), daß vielleicht einzelne Unternehmungen, bei denen ich damals bereits angedeutet hatte, daß ich gewisse sehr erschworene Momente nicht anführen wolle, weil sie mir noch nicht genügend beglaubigt seien, in der Untersuchungskommission ihre volle Bestätigung erhalten haben (hört!), so daß wir in der That es auch mit einzelnen Unternehmungen zu thun haben, deren Würdigung an anderer Stelle, als in unserer Commission und vor dem öffentlichen Publikum wird zu Ende geführt werden müssen. (hört! hört! links.) Ich mache diese Bemerkung, weil ich eben unterrichtet werde, daß in einem sehr nahen Nachbarorte von hier eine Person, die in jenen Verhandlungen sich schwer angesprochen glaubt, eine mit Angriffen gefüllte Vertheidigung soeben vollen soll. Ohne daß ich auf den Inhalt und den Ton jener Ausschreibung hier näher eingehen kann, glaube ich andeuten zu dürfen, daß ich auch in Beziehung auf diesen Gegenstand nichts zu modifizieren habe, was ich hierüber ausgesagt habe, materiell und zwar durch vollgültige Zeugnissbeweise bereits erläutert ist. (hört! hört!) Ich wende mich zu dem Ergebnis der Untersuchung und muß das Bild, das sich dabei entwickelt hat, einen dauernd traurigen nennen, da wir bei allen unserer Prüfung unterbrechungen eine für communale Angelegenheiten und eine für Agrarverhältnisse

ten Publicität im direkten Widerspruch steht. Darüber wird kaum eine Meinungsverschiedenheit in der Commission bestehen.

Innerhalb dieses düsteren Bildes grenzen sich allerdings die Anteile der Beteiligten nach einer abgleitenden Scala gegeneinander ab. So wie einmal der Höhepunkt der Geschäftsmöglichkeit übertritten ist und es dann bergab geht im Kampfe gegen das Gesetz, gibt es keinen natürlichen Halt mehr, sondern entweder der Befuß oder die persönliche Anständigkeit entscheiden über das Maß der Schuld der Einzelnen. So geht es in einer abgleitenden Scala bis zu einem völligen System von künstlicher Beschaffung von Zeichnungen mit dem bekannten Mittel der Reserve und der sehr starken Provision, die dagegen gewährt wird, so daß von vornherein die Zeichnungen, die Grundlage für das ganze Unternehmen, an sich im günstigsten Falle den Werth der sogenannten Reitweds haben, im ungünstigsten Schein-Dokumente sind, welche das ganze Unternehmen auf Unwahrheit stellen. Es ist sehr betrübend zu sehen, daß in einem weiten Maße Personen aus solchen Ständen, denen man dergleichen nicht zutrauen sollte, sich handelsmäßig zur Ausstellung dieser Scheinwerke gegen eine sehr starke Provision ergeben, das Tausende von Thaler an Guisebesitzer, an Advokaten und Kaufleute gezahlt werden zur Belohnung dafür, daß sie ihre Namen zur Täuschung der Regierung hergeben. Dann geht natürlich das System der Aktienkapital, doch jedenfalls die Grundlage für den gesamten Inhalt der Actien-Gesellschaft, wird durch künstlich verdeckte Verträge anscheinend wahr gemacht, während Alles darauf eingerichtet ist, die Actienformulare auf den Markt zu bringen und durch ihren Verlauf unter sehr schweren Verlusten erst Actien herzustellen. Diese Verluste werden wiederum verhindert dadurch, daß Scheinverträge abgeschlossen werden zwischen jenen, welche das Finanzgeschäft besorgen, und denen, welche die Bauten auszuführen haben und da ist denn eine sehr bunte Fülle juristischer Kunstgriffe, durch welche die Scheinverträge vollzogen werden.

Aber ein Resultat ist dabei merkwürdig: während nämlich das Actienwesen darauf begründet ist, daß namentlich das erste Entstehen in vollster Publicität vor das Publikum gebracht werden soll, damit dasselbe beurtheilen könne, was es laut, beruft diese Art Handel darauf, daß die Verträge, die den Werth des Aktienkapitals klar machen, als sehr vertrauliche verhandelt werden und zwar weshalb? Weil da diejenigen Vortheile ausbedungen sind, welche auf Umwegen zum Theil die Finanzmänner, zum Theil die mitbeteiligten Gründer sich verschaffen, unter der gewöhnlichen Vorauflösung, daß die Actien zu 100 Thlr. ausgegeben seien, während tatsächlich dieselben nur zu geringeren Procenten, zu 70, zu 50 Prozent ausgegeben werden. Dann kommt die häusliche Manipulation, durch welche der Aufsichtsrath zusammengefestigt wird, daß darin die widerstreitenden Interessen vertreten sind. Doch sind diese Manipulationen noch nicht die dunkelsten Partien, sondern unter dem Schutz dieses Geheimnisses weiß oft der Eigentümer der Gründer sich hohe Capitalien zu verbauen und außerdem sind damit noch Transactionen verbunden, in denen aufs Sorgfältigste den Generalversammlungen verschwiegen wird, was der Gründer als sogenannte Gründerlohn erhalten hat. Wir haben auch Beispiele gehabt, wo gewissermaßen Schein- auf Scheinverträge, d. h. ein Nebenvertrag neben dem andern geschlossen wurden und daß Trepp auf Trepp unter großem Bevollmächtigten der Vortheile ausbedungen für den Gründer stipuliert werden sind, so daß uns tatsächlich ein Fall vorliegt, daß drei Gründer in einem Vertrage mit dem Bauunternehmer unter Belehrung vor der Generalversammlung für 100,000 Thlr. haben bewilligt lassen, dann in der Generalversammlung 40,000 Thlr. und daß endlich ein geheimer Nebenvertrag existiert hat, in welchem sie sich 35,000 Thaler von dem Bauunternehmer bewilligen lassen. (Allgemeine Heiterkeit).

Es ist in der That betrübend, zu sehen, wie der erste Schritt seitwärts vom Gesetz keinen Halt mehr gibt. Ursprünglich scheint es ganz unverfüglich. Man sagt: alle Welt ist doch darüber einig, daß man Actien zu pari nicht ausbringen könne; also weshalb soll man das nicht thun, was ein öffentliches Geheimnis ist. Allerdings verbietet es das Gesetz. Aber Vieles legten sich über das Gesetz mit einer gewissen Leichtigkeit hinweg, und gebrauchen dabei noch eine sehr großartige staatsmännische Phrase, daß Gesetz dürfe sich mit dem Leben nicht in Widerspruch setzen. Aber sie wissen dabei doch die Sache zu einzuordnen, daß die Tafel sehr läßt nicht darüber steht, daß sie das Gesetz verlegen, so beispielweise, daß wir beim ersten Ansange der Vernehrungen zu hören pflegen: ja, das Gesetz ist ganz erfüllt; denn wir haben die Actien zu pari ausgegeben und erst bei den späteren Unterhandlungen, bei denen nun die Auskunftspersonen sahen, daß uns darum zu thun sei, nicht zu sorgen, wie man das Gesetz umgehen könne, da trat wirch ich die Natur des Gesetzes her vor. Aber ungefähr übertritt man das Gesetz nicht, denn an dieses Geheimnis knüpften sich dann alle übrigen Schritte, an denen allerdings die anständigen Männer nicht teilnehmen, wohl aber die Gewissenlosen, und zwar mit Aufbau von Zeichnungen, mit Betrug gegen die Betroffenen, mit Zusicherungen von Absindungen und Mystificationen in den Generalversammlungen und allem, was dazu gehört mit dem Collidiren und Colludiren des Aufsichtsrates und der Bauunternehmer. Hierin scheinen mir nun zwei Dinge im hohen Grade gegen das Interesse des Publikums gerichtet; erstens die gefährliche Gemeinschaft redlicher Geschäftsmänner mit den unredlichen und dann, daß

die Methode bei der heutigen Interpellation eine andere. Im preußischen Abgeordnetenhaus galt es Mißstände des staatlichen Concessionswesens herzuheben; es galt einen kräftigen Angriff gegen die Macht der Gewohnheit zu machen, um auf Grund der Erhöhung des bisherigen Zustandes zu einem besseren Zustand gelangen zu können. Hörmich provocir Namen und Sachen zu nennen, habe ich diese Gelegenheit auch in der That ergriffen, um daran zu zeigen, daß Mißstände in der That vorhanden sind. Das war um so notwendiger als sich die Regierung, ja selbst der Landtag in einer gewissen Mittschuld befanden und Niemand sich die Finger verbrennen wollte, weil die Eisenbahnen sehr beliebt sind.

Anderer verhält es sich hier. Durch die Kunst des neuen Actiengesetzes, welches die Regierung vor der lästigen Mitwirkung bei Concessionsbefreiung hat, istnamlich das Gründungsrecht und Alles, was schwindhaft damit zusammenhängt, ohne direkte Beteiligung der Regierung in den letzten Jahren geschehen. Dann bin ich der Meinung, und wenn die Debatte mich nicht eines andern beleben sollte, so nehm ich dies an, daß im ganzen Hause und im Publikum keine Zweifel über den Mißbrauch bestehen, der mit den Gründungen anderer Art getrieben wird, indem die meisten Mißbrüche dieser Art der öffentlichen Verachung preisgegeben sind, und sie werden nur von denjenigen gefürchtet, welche unmittelbaren Vortheil durch ihre Theilnahme haben. Es ist also wirklich nicht notwendig, noch weiteres Wasser ins Meer hineinzutragen. Da die Rede und noch weniger die öffentliche Agitation mir kein Selbstzweck ist, so glaube ich von Namen und Sachen zur Charakterisierung der heutigen Zustände ganzlich absehen zu können und ich werde nur abwarten, ob etwa in der Debatte von irgend einer Seite, wo ich nicht glaube, ein Vertheidiger aus diesem Hause eintreten sollte. Glauben wir man mir, wenn ich versichere, daß ich für jeden Mißbrauch nicht nur eine theoretische Formel, sondern ganz ausreichende Beispiele zu Hause habe. Aber so lange ich nicht genügt bin, Namen zu nennen, werde ich mich nur mit dem Gesetz selbst beschäftigen, damit wir in ruhiger Erwähnung die Tragweite des Actiengesetzes erkennen; damit wir sehen, wo die Mißstände sich befinden und wie ihnen abgeholfen werden kann. So habe ich eine zweite weise Antwort, die sich in staatsmännische Weisheit kleidet, nämlich diese: Man solle doch lieber den Versuch nicht machen, das Gesetz abzuändern; es werde doch jedes Gesetz umgangen werden und deshalb würden bessere Gelege doch nichts helfen.

Wer das sagt, versteht entweder die Tragweite und den Wirkungskreis der Gesetze nicht, oder er spricht gegen besseres Wissen. Wirksame Gesetze sind zu jeder Zeit geeignet gewesen als Norm zu dienen für diejenigen, die nicht Lust haben, sich geradezu gegen den Straf- oder Civilrichter aufzulehnen; der Eine hat mehr Verständnis für den Strafrichter, der Anderer mehr für den Civilrichter. (Heiterkeit.) Aber wenn nur diejenigen, die mit Gewinn in die Tasche stecken, wissen, daß auf die eine oder die andere Weise Rechenschaft von ihnen verlangt werden kann, so seien Sie überzeugt, daß die allermeisten entweder aus Unstädigkeit oder aus Lebensluge von derartigen Geschäften fern bleiben werden. Was würden Sie wohl sagen, wenn man erklärte, die Diebstahlsgesetze sind umsofort gestohlen wird doch! So statistisch bleibt eine Klasse von Dieben im Lande, wie schwer auch die Gesetze gegen die Diebstähle sind; aber schaffen Sie nur einmal die Gesetze ab, und Sie werden sehen, wie sehr die Justiz sich erweitert. (Sehr wahr! Heiterkeit!) So ist es ja auch mit dem Wiedergesetz gewesen; die haben wir auch abgeschafft in einer Zeit, als wir in anderen Gesetzgebungen dieses Verbot bereits aufgelöst fanden, als wir sagten, der Schaden, der mit dem großen Zinsen nehmen gestiftet werden kann, ist gar nicht mehr so groß als der Nutzen des freien Zinsverkehrs, aber die Wiedergesetze haben allerdings sehr viel anständige Menschen abgeschreckt, Geschäfte dieser Art zu machen. Allerdings hat es auch Personen gegeben, die mit dem Strafgesetz Handel treiben und sich den unrechten Vortheil gut schmecken lassen. Ebenso bin ich überzeugt, daß auch bei wirklichen Gesetzen der Grundungsschwindel auch noch fortwährend wird, aber es wird sich doch nur die Klasse von Personen damit beschäftigen, welche dazu genügend vorgebildet ist und deren soziale Stellung es gestattet. (Heiterkeit!) Aufsörea aber wird der Dilettantismus in solchen Sünden, in denen man die vorbereitende Bildung für solche Geschäfte ursprünglich gar nicht beabsichtigt hat. (Heiterkeit.)

Man soll jedem Menschen seinem Beruf und dem Betrug den Verbrecher überlassen. Wir sind im Stande Gesetze zu machen, die wenigstens einem grossen Theile der Uebelstände werden abhelfen können, und damit führe ich die Legitimation meiner Interpellation, sonst könnte man mir sagen: ein Narr könnte viel mehr fragen, als sehr viel Kluge beantworten. Auf dem Boden des Actiengesetzes selbst zu suchen, will ich nachzuweisen ver suchen, worin seine Mängel bestehen, und wie ihnen abzuheben; ich erwarte nicht für alle meine heutigen Vortheile ihre unbedingte Zustimmung, sondern gebe selbst zu, daß man über manche Punkte verschiedene Meinung sein kann. Nur auf die Theorie des laissez faire, nach welcher die Aktie ganz frei gegeben werden soll, will ich nicht näher eingehen. Mit dem bestehenden Gesetze bin ich ein Gegner dieser Theorie, weil nämlich die Aktie mit zu viel Privilegien ausgestattet ist, um ihr völlig freie Hand zu lassen. Somit ich bis jetzt wahrgenommen habe, gehen nur einige mutige Freischärler (Heiterkeit) bis zur völligen Freiheit der Actiengesellschaften, die für mich ein Umsturz aller bestehenden Verhältnisse wäre. Nun erkläre ich von vorn herein, daß ich mich auf den Boden des bestehenden Actiengesetzes stelle, d. h. auf den Boden der leitenden Idee, wie sie das Gesetz, allerdings in höchst ungünstiger Form enthält. Ich schlage Ihnen nicht vor, zum Concessionswesen zurückzukehren, denn wenn irgend etwas sich erwiesen hat als durchaus unzuverlässig, ist es das Concessionswesen bei Eisenbahnen; es hat nur die Staatsregierung in eine unangenehme Solidarität mitverwickelt. Ich werde Sie auch nicht beschäftigen mit der Frage, welche Form von Ansammlung des kleinen Capitals zu grösseren Unternehmungen, die eigentlich legitime sei; drei Formen haben wir ja jetzt schon im Gesetz: die Actiengesellschaften, die Actiengesellschaften und das Genossenschaftswesen, in welchem ich den fruchtbarsten Gedanken erblicke.

Die Actiengesellschaften müssen diejenigen Garantien bieten, welche das Gesetz für notwendig hält, und zwar in Wirklichkeit und nicht nur Bestimmungen, welche zur Umgebung herausfordern, diese Umgebung dann aber ohne jede Strafe lassen. Der schlaue Mann macht sich dann nicht allein über die Dummen, welche er täuft, sondern auch über das Gesetz selbst lustig. Das Actiengesetz will Sicherheit schaffen für das Zustandekommen des Gründungs-, des Actiencapitals, mit vollem Recht, denn das selbe ist ja der alleinige Träger der gesammten Persönlichkeit. Schaut das Actiencapital in den Lüften, dann weiß Niemand, woran er ist. Es ist ja auch allgemein anerkannt, daß die erste, sicherste Grundlage geschaffen werden muß in der Bestimmtheit des Capitals. Was hat nun das Gesetz dafür gegeben? Es schreibt allerdings vor, daß volle Einzahlungen geleistet werden müssen. Diejenigen, welche angegriffen sind, weil sie dazu mitwirkten, daß Aktien unter pari ausgegeben werden, haben eingewendet: ja es geht, das Publikum will einmal durchaus unter pari kaufen; warum soll man dieser Marotte nicht nachgeben? Nun bin ich zwar sehr in Zweifel, ob die letzten Männer, in deren Hände die Hundertthaleraktionen gelangen, die Bauern auf dem Lande und das dienende Personal wissen, daß eine Aktie, die sie mit 80 oder 90 Thlr. kaufen, in Wahrheit für die Gründer nur einen Werth von 60, 70 oder 80 Thlr. gehabt hat, aber ich will auch darin nachgeben; ich sage: gut, die reduciren Unternehmer müssen zugeben, daß Vorsorge getroffen werden muß, damit das Publikum weiß, wie viel Werth das Publikum von Hause aus gehabt hat. Ich habe nichts dagegen, daß für jenes Publikum 100 stehen bleibt, aber man soll dann in der Kammer hinzulegen "herausgegeben zu 70 Prozent"; dann wird es wenigstens mit der schönen Agiotage zu Ende sein. Obwohl mir die reine Wahrheit lieber ist, will ich doch diesem System, welches ich das der Malerei nennen möchte, nicht entgegentreten. Notwendig ist dies Verfahren, damit kontrolliert werden kann, daß der wirkliche Ausgabewerth in der That auch in die Kasse der Gesellschaft fließt.

In den Eisenbahn-Gesellschaften pflegt man sich jetzt von der Regierung durch allerlei Manöver eine höhere Summe bewilligen zu lassen, als man verausgaben will, indem man zuerst eine kostspielige Linie mit vielen Boden-Unebenheiten, Brücken etc. veranschlagt, sobald diese aber genehmigt ist, und man 10–12 Millionen in Händen hat, man eine zweite leichtere Trace macht. Die so gemachten Ersparnisse — Bauerleichterungen genannt — werden zur Befriedigung der Agiotage verwendet und um Aktien unter Course verkaufen zu können. Würde der wahre Werth statt des Nominalkapitals hingelegt, so würde die ganze Komödie nicht nötig, die Eisenbahn-Gesellschaft zu geben hätte. Mit gleichen Buchungsmanövern kommt die Finanz-Gesellschaft zu Stande, dann kontrahirt die Bau- mit der Finanz-Gesellschaft, wie viel Prozent Verlust sie sich gesellen lassen will, wenn das Geld ausgezahlt wird. Darum ist die Eisenbahn-Gesellschaft auch gar nicht im Stande, einen wirklichen Vertrag mit der Finanz-Gesellschaft zu schließen, denn sie weiß gar nicht, wie viel das, was sie auf dem Papier gibt, wirklich werth ist. Man würde so wenigstens das Eine erreichen, daß die Finanz-Gesellschaft genau weiß, wie viel Geld sie hat und welche Preise sie gegeben hat. Die Bauunternehmer wünschen das sehrlich, um sich nicht mehr über den Löffel von den Banquiers barbiere zu lassen, die sich Finanz-

männer nennen und nichts weiter thun, als das Spiel auf der Börse abwarten und dafür Hunderttausende und Millionen einstreichen. Das Gesetz bestimmt, daß die Volleinzahlung der Aktien vor dem Handelsrichter nachgewiesen werden muss, aber es ist ein offenes Geheimnis, daß dies nicht der Fall ist, und dennoch habe ich nie von einer strafrechtlichen Verfolgung gehört. Das beweist, daß das Gesetz ganz unwirksam ist und so viel Lücken hat, daß eine Verfolgung nicht möglich ist. Fordert man aber den strengen Nachweis und verbietet die geheimen Nebenverträge, so wird jedes Buch jeder einzelnen Gesellschaft genau darthun, was wirklich eingezahlt ist.

Heute ist eine Controle nicht möglich, weil die meisten Bücher der Aktiengesellschaften materiell falsch vom ersten Tage der Emission geführt sein müssen, bis man fertig ist mit dem Bau, nach welchem die Herren Unternehmer ein tüchtiges Bad nehmen in dem Schmuse ihrer Gesellschaft, um sehr sauber wieder daraus hervorzugehen. Zur Sicherung des Capitals ist ferner bestimmt, daß die Einbringung der Werthe in die Gesellschaft im Gesellschaftsvertrag selbst festgestellt werden muss. Es ist ja bekannt, daß gewisse Gründungen irgend einen beliebigen Gegenstand anlaufen, wie mir ein solcher Unternehmer einmal zugestanden hat, daß er nicht gewußt hat, wozu das Produkt zu gebrauchen ist, das er angekauft hatte, um eine Gesellschaft zu gründen. Solches Object wird gekauft und in die Gesellschaft gebracht zu viel höherem Werthe. Da gibt es nun verschiedenste Scheinmanöver. Ein solches ist folgendes: der erste Käufer kauft ein Objekt und verkauft es für einen grösseren Betrag an einen zweiten, dieser an einen dritten u. s. f. So ist in Berlin von einem Herrn, den ich Schulze nennen will, ein Haus um 100,000 Thlr. angekauft worden, es wurde an den nächsten für 400,000 und an den dritten für 1,700,000 Thlr. verkauft und in diesem Werthanschlag in die Gesellschaft eingebracht. Aber soll sich das Gesetz in Wahrheit vollziehen, so muß es auch die Mittel dazu geben. — Stellen wir fest, daß alle Verkäufe in das Statut eingetragen werden müssen und ebenso in das Handelsregister, so tritt der Schwund am ersten Tage ans Licht. Denn alle Welt kann dann sehen, ob in der That der Werth in wenigen Tagen so hoch gestiegen ist. Dabei kommt noch eine andere Angelegenheit in Frage. Das Gesetz verbietet, vom Capital Zinsen zu geben, gestattet es aber für die Vorbereitungszeit. Hier müssen Sie nun eine Maximalgrenze des Zinsabzugs annehmen, denn sonst ist es leicht, in dem Zinsabzug wieder die Vollzahlung der Aktie zu umgehen. Die Zinszahlung ist schon jetzt ein beliebtes Mittel, ein nicht gut unterrichtetes Publikum anzulocken; gewöhnlich ist der Rentier der Vogel, der in der Regel für Eisenbahnen angelockt wird, von denen für eine lange Bauzeit 5 p. C. jährlich versprochen werden. Es wird also nötig sein, um die Umgehung der Vollzahlungen und die Verludung des Publikums durch große Revenden zu verhindern, für die Zinsen eine Maximalsumme einzufügen.

Sodann verlangt das Gesetz eine stete Offenlegung des Gesellschaftsvermögens, was schon als Grundlage dafür nötig ist, daß nicht falsche Dividenden verheißen werden. Aber für die Controle dieser Bestimmung gibt das gegenwärtige Gesetz keinerlei Schutz; denn der Schutz durch die Verantwortlichkeit der Verwaltungs- und Aufsichtsräthe ist nicht weit her. So lauft man bei den höchsten Baugesellschaften weite, irgend wo liegende Ackerstreifen, giebt dem Gründer eine gewisse Prämie und dann lauft dieser für dieselbe ein Stück Land zu sehr hohem Preise, damit läßt er sich für eine Gründungsprämie entzögeln. Im Vertrage wird aufgeführt: So und sobald Land ist angekauft worden zu 30 oder 40 Thlr. die Quadrat-Rute, während der Einkaufspreis 20 Thlr. betrug, folglich ist so und so viel Dividende zu vertheilen. In Wahrheit aber war dies eine mit dem Actionär abgekämpfte Abmachung, durch welche dieser statt der Naturalabfindung von etwa 10,000 Thlr. 20,000 Thlr. zugesichert erhält. Ein anderer Fall dieser Art ist, daß eine Baugesellschaft ihre eigenen Aktien für 73 p. C. an die Finanzgesellschaft verkaufte, aber so stipulierte: 72 p. C. werden für die Aktien gegeben und 1 p. C. als Provision für die Zuweisung dieses guten Geschäfts gezahlt. Und dieses eine Prozent wird bei einer Baugesellschaft vertheilt, die noch gar kein Gefäß gemacht hat. Solche Manöver sind sehr häufig und natürlich völlig unstaubhaft; denn mit denselben Recht hätten auch 5 und mehr Prozent Provision ausbedungen werden können. Als ich fragte, woher dieses 1 Prozent komme und ob die Genera veranstaltung diesen Umstand kenne, wurde mir gesagt, der Vertrag war ein geheimer, und man hat also der Generalversammlung nur gesagt, es stand bei diesem Geschäft 102,000 Thlr. verdient worden, und dieser Verdienst ist als Freibetrag eine gute Dividende. So sucht man auf alle Weise zu künstlichen Dividenden zu kommen.

Außerdem will das Gesetz gleiche Behandlung aller Actionäre. Auch dies kann leicht umgangen werden. Die einzelnen gewährten Vortheile müssen in dem Vertrage ausdrücklich benannt sein, und da greift man zu folgendem Auskunftsmitteil. Die Gründer treten erst als Actiengesellschaft auf, gewährleisten sich die Vortheile gleichmäßig, und dann werden die Aktien weiter gegeben, so daß die Actionäre die Vortheile nicht mehr haben. Nun giebt es Vortheile, die nie ausbedungen und gegeben werden dürfen, und andere, die auf dem eben geschilderten Wege des Scheinvertrags nicht gewährt werden dürfen. Zu den häufig ausbedungenen Vortheilen gehört, daß die ersten Gründer sich ausmachen, bei neuen Emissionen das Vorrecht zu haben, die Aktien al pari zu übernehmen. Damit haben sie sofort den Keim zu künftiger Agiotage gelegt, denn sie werden natürlich die Mitglieder des Aufsichtsraths und werden die Generalversammlungen, die ich Ihnen später schildern werde, zu einer Ausdehnung des Capitals zu bestimmen wissen. Gehen nun an der Börse die Aktien durch die eben bezeichneten Dividenden in die Höhe, dann haben sie ihren Gewinn realisiert. Solche Geschäfte, die darauf berechnet sind, für gewisse Personen in Zukunft eine Agiotage zu erzielen, dürfen absolut nicht gestattet sein. Namentlich aber ist es unbegreiflich, wie das Gesetz gestatten kann, daß solche neuen Emissionen gemacht werden, ehe die alten eingezahlt sind. Wird eine Actiengesellschaft gegündet mit, sagen wir ungefähr 2 Millionen Thaler, so werden 40 Prozent, das heißt 800,000 Thlr. eingezahlt, nun braucht mit einem Mal die Gesellschaft mehr Geld, da sollte man doch das Geld einrufen, wozu die Actionäre verpflichtet sind. Aber neue Aktien auszugeben, die vielleicht, wenn die Dividenden gut sind, mit 20 Prozent Abzug bezahlt werden, das ist eine absolute Begünstigung des Schwindels und Betrugses (Sehr richtig!). Für die Hauptverträge sucht das Gesetz die letzten Bürgschaften in den Organen der Verwaltung, des Aufsichtsraths und der Generalversammlung. Die Verwaltung ist aber der Director darf jeden Augenblick aus seinem Beruf entfernt werden, gerade so wie der Wunsch vielfach für die Geheimräthe in den Ministerien stattfindet. (Heiterkeit.)

Was den Aufsichtsrath angeht, so müssen Sie ja nicht mikroskopisch, sondern unter einer ganz kleinen Lupe betrachten, wer der Herr Aufsichtsrath eigentlich ist. (Heiterkeit!) Es gibt Aufsichtsräthe, welche ein gewöhnliches Geschäft daraus machen. Mir ist von einem biegsigen, jetzt pensionierten Gründer gesagt worden, daß er nicht weniger als 50 Aufsichtsräthe stellen veraltet habe (große Heiterkeit); der hat also das Gründerthum aufgegeben und sich als berufsmässiger Aufsichtsrath etabliert. Außerdem werden viele Personen durch das Gewicht ihres Namens in den Aufsichtsrath hineingezogen. Der Aufsichtsrath ist ein Verwendungsosten für die ehemaligen höchsten Staatsbeamten, für wohlhabende Namen, die beim Publikum beliebt sind. Große Anforderungen werden an sie nicht gestellt, ja man wählt, daß sie sich wenig um die Sache kümmern. Es werden bedeutende Summen, ich habe von 40,000 Thlr. jährlich reien hören, darauf verwendet. Ich habe von dem Vorsitzenden eines Aufsichtsraths, dem der Bau einer Eisenbahn mit sehr schwierigen Bankgeschäften anvertraut war, die Antwort gehört, er habe so viele Nebengefäße, daß er sich auch nicht eine halbe Stunde täglich mit jener Angelegenheit beschäftigen könnte. Dann haben Sie eine Art Aufsichtsräthe, die mit ihrem persönlichen Interesse sehr beheiligt sind, wie z. B. vielfach bei Eisenbahnbauteilen der Fall ist. Ich sage das alles auf Grund ermittelter Thatachen. So hat mir ein Vertrag vorgelegen, in dem das Gründercomite noch im Stadium als Embryo, als es noch nicht Eisenbahn-Gesellschaft war, einen Vertrag mit einem Kapitalisten abschloß, der, wie sich später herausstellte, kein Kapitalist war (Heiterkeit); danach sollten in den Verwaltungsrath gewählt werden 4 Mitglieder von der Eisenbahn-Gesellschaft und 5 von den Kapitalisten, welche den Bauvertrag mit derselben abgeschlossen hatten. Die Majorität hätten immer die Personen, die das grösste Interesse hatten. Es erscheint nicht einmal aus dem Namen des Aufsichtsraths, daß diese Personen interessiert sind, denn der betreffende Kapitalist kann doch nicht mal daran sitzen, sondern bestellt 5 Strohmänner, die für ihn im Aufsichtsrath sitzen. (Ausporteur!) Ganz richtig! es ist ein Aufsichtsrath au porteur, wie mir eben gesagt wird. (Heiterkeit.)

Solche Scheinverträge sind nicht einmal nötig, denn die Baugesellschaft hat immer die Mittel in Händen, die Aktien so zu vertheilen, daß sie eigentlich die Gesellschaft beherrscht. Die wunderlichste Schöpfung bleibt aber immer die Generalversammlung. (Heiterkeit!) In der Regel ist Alles vorher abgemacht. Eine Eisenbahn-Gesellschaft sollte auf völlig andere Prinzipien gebracht werden: man pachtet Aktien für eine bestimmte Zeit gegen eine bestimmte Summe. Besitzer, die eine sehr grosse Summe Aktien haben, können nur bis zu einer gewissen Maximalgrenze ihr Recht üben, darauf werden dann das Comptoirpersonal oder die Dienstboten in der

Aufwirtschaft des Besitzers oder andere beliebige Personen mit seinen Aktien ausgestattet und in die Versammlung hineingeladen. Es ist das nach meiner Ansicht gewöhnlicher Betrag. (Zu stimmung.) Andere lassen Aktien pachten auf der Börse, wo es eine Quotierung für solche Preise gibt. Denn Sie müssen sich leider die Börse vorstellen als eine Schule, in der man in alle derartigen Umgebungen des Gesetzes auf Beste eingeführt wird (Heiterkeit), die Akademie für die Übertretungen der Gesetze, wo es sich um Geldbemüßigung handelt. Wir haben zu unterer Erstaunen gehört, daß die preußische Regierung als Verwaltung von Eisenbahnen ähnliche Maßnahmen getrieben hat. (Hört!) Wie sieht eine solche General-Versammlung aus? Da hören Sie, was vor einigen Tagen geschehen. Eine Eisenbahn-Gesellschaft, mit der sich die Untersuchungs-Commission beschäftigt hat, bei der sich die schlimmsten Unregelmäßigkeiten bis zum Criminalesvergehen herausgestellt haben, die angefangen hat, mit der falschen Ankündigung über Zeichnungen, mit Zeichnungen gegen Rechte, mit allen Chancen, die ich gefälscht habe, mit Verabredungen besonderer Vortheile in geheimen Verträgen von den Bauunternehmern, mit Abschluss der Generalvereinte und Verlängerung derselben, kurz mit allen Hindernissen, wie ich es nennen möchte, — die hat vor wenigen Tagen eine General-Versammlung in Berlin abgehalten, in welcher sie mit einer erdrückenden Majorität, ich glaube 463 gegen 23, eine Rechtsfestigung entgegenommen und Decharge erhielt hat. (Heiterkeit.)

Allerdings ist zu bemerken, daß die Aktien sich vermutlich in den Händen der Bausünder befinden, die sie unter pari nehmen müssen und nicht weiter fortführen können, und in den Händen von Geschäftsfreunden oder westen sonst.

Nun pflegt sich die Generalversammlung so zu gestalten: die beiden Parteien erscheinen, wenn es sonst angeht, in der gewöhnlichen Versammlung. Es versteht sich das von selber: die Majorität ist für die Anträge gestrichen, selten wird ein Antrag verworfen. Ja andere Gesellschaften ist es anders. Da ist eine andere Partei, die effectiven Zeicher, die sehr böse über diese Wirthschaft ist; sie sind aber in einer so verschwindenden Minorität gegen die Scheinzeichner, daß sie etwas Wirkliches nicht machen können. Es stehen sich also zwei Parteien gegenüber; die eine Partei z. B. mit dem Namen Schulze (Heiterkeit), es ist der allgemeine Schulze, kein socieller. Zu dieser Partei gehören 20 Personen mit je 110 Stimmen im Maximum, also mit 2200 Stimmen; sie schlägt die Gegenpartei um eine Viertelstunde. Die Gegenpartei ist entweder gar nicht erschienen, oder einverstanden; dann erscheinen die Vertreter ungünstiger Actionen, die entweder vereinigt geblieben, oder weil sie nicht ins Geschäft aufgenommen worden, sehr böse sind. Diese erheben einen wirklichen Stand, welcher von der Majorität zwar nicht tot discutirt — im Gegenteil, die Majorität scheint nachgiebig zu sein — aber votzgestimmt wird. Dann werden die Aufsichtsräthe aus den befreundeten Personen der Majorität gewählt und zwar mit 2365 Stimmen der einen gegen 2345 Stimmen der anderen Partei. Es ist in der Regel kein Zweifel, daß das schon so vorbereitet war und die Actionäre haben das Nachsehen. Es werden Revisoren ernannt, die Alles vorrisslich finden auch bei Unternehmungen der zweitbesten Art. Die Aufsicht geht in andere Hände über, bald zu Gunsten, bald zu Ungunsten des Gesetzes, wie es gerade das Interesse mit sich bringt.

Was nun das Gesetz anlangt, so scheint es mir doch unmöglich zu sein, daß wir Gesellschaften mit einzelnen verantwortlichen vermögensreichen Personen in's Leben rufen, denn es sind diejenigen Organe, welche zuletzt die Verantwortlichkeit tragen, alle oder überwiegend Scheinpersonen und nicht ein deus ex machina, sondern ein deus post machinam ist der, der Alles an seiner Schnur leitet. Wenn Sie sich außerdem noch das Herauswählen der Bankräthe denken, der großen Institute, die im Stande sind mit erdrückender Macht dergleichen Manipulationen zu machen, so wird Ihnen die Gefahr eines solchen Zustandes völlig klar vor Augen sein. Was tut das Gesetz, um eine wirkliche Controle einzuführen? Da erscheint die Bestimmung: Der Verwaltungsrath ist civilrechtlich verantwortlich für alle Schäden, wenn er die Bestimmungen über die Dividenden-Bertheilung übertritt und zwar mit seinem Wissen; er ist strafbar, wenn er falsche Ausschüttungen beim Handelsrichter über die volle Einzahlung macht u. s. w. Aber die Sachen sind gar nicht zu realisieren; es ist gar nicht die Verantwortlichkeit weit genug ausgedehnt. Es müßte die Aufsichtsräthe verantwortlich sein für die volle Einzahlung der Aktien, nicht blos mit der allgemeinen Form vollen Schadenersatz zu leisten, denn oft ist z. B. bei falschen Dividenden der Schaden gar nicht nachzuweisen. Es müßte die Pflicht zum vollen Erfasse festgestellt werden. Die Verwaltungsräthe müssen verantwortlich gemacht werden auch für groben Mißbrauch, wegen Unvorsichtigkeit bei Ausführung ihres Amtes. Dann würden gewiß bald die Verwaltungsräthe aufhören, welche nicht wissen, was in den Geschäften vorgeht, sondern es würden nur Leute sein, die in der That im Stande sind, sich von der Lage der Geschäfte zu überzeugen. Ich verlange diese Verantwortlichkeit für alle Fälle, wo ein Delikt begangen ist.

Dann muß auch die criminalrechtliche Verantwortlichkeit in Betracht gezogen werden, mindestens ist Jeder, der sich fremder Geschäfte annimmt, verpflichtet, so viel Sorgfalt darauf zu vermeiden, wie auf seine eigenen. Dafür haben wir eine juristische Form; es ist der bonus pater familiae. Dann muß vor Allem die Macht der Bachtung der Generalversammlungen aufgehoben. Das Gesetz muß das Stimmrecht regulieren, während es jetzt den Gesellschaftsvertretern überlassen ist; es muß mit Criminalstrafen verboten werden, daß die Actionen verlieren werden. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß Sie die Generalversammlung nicht allein zum Heim der Materie machen, sondern Sie müssen alle die Rechte, welche die Aufsichts- und Verwaltungsräthe verantwortlich machen, auch den einzelnen Actionären zus

rlid. Ich halte die Veränderung des Gesetzes für so schwierig nicht, und ich meine, bei gutem Willen würde im Laufe dieser Session oder in einer eventuellen Herbstsession sich dieselbe bewirken lassen. Man kann das Gesetz sehr leicht ordnen nach den Prinzipien des gegenwärtigen Gesetzes, wenn man nur eins anerkennt, daß nämlich das Gesetz überall wirksam gemacht werden muß, wo es eine Kautel gibt; zweitens, daß neben dem Gewinne der Einzelnen, sogar neben der Sachwirthschaft der ganzen Nation dem öffentlichen Rechtsbewußtsein und der Sittlichkeit ein sehr erheblicher Platz gebührt. Sollte die Regierung die Sache nicht in die Hand nehmen, weil sie die Missstände nicht anerkennt, oder eine Abhilfe für unmöglich hält, so tritt an uns die Pflicht heran, mit der Initiative vorzugehen, denn diesen unlieidlichen Zustände muß zur Ehre der Nation bald abgeholfen werden. (Lebhafte Beifall.)

Präsident Delbrück: M. H., es hat dem Reichskanzleramt so wenig wie wohl irgend Jemandem in diesem Hause entgehen können, daß auf dem Gebiete des Aktienwesens in neuerer Zeit sehr bemerkenswerthe Uebelstände hervorgetreten sind. Der Vorredner hat selbst die wesentlichsten davon hervorgehoben. Es ist die Absicht des Reichskanzleramtes, welches seinerseits ebenso wie der Herr Vorredner die Verantwortlichkeit schenkt, welche mit der sofortigen Ausarbeitung eines beständigen Gesetzentwurfs verbunden sein würde, die sämmtlichen Bundesregierungen zu einer Mittheilung ihrer Ansichten sowohl über die hervortretenden Uebelstände wie in Bezug auf die Richtung, wie Abhilfe zu gewähren sei, zu erüthren und auf Grund des so gewonnenen Materials, in ähnlicher Weise wie das Gesetz von 1870 zu Stande gekommen ist, die Sache legislativ in die Hand zu nehmen, daß das Bestreben dabei darauf gerichtet sein wird, den Uebelständen die hervorgetreten sind, soweit wie thunlich Abhilfe zu verschaffen, liegt in der Natur der Sache; indessen glaube ich auch in diesem Stadium schon gegenüber den sehr dankenswerten Andeutungen, die der Herr Vorredner auf die Tendenzen gesetzlicher Änderungen gemacht hat, das Wort „soweit als thunlich“ betonen zu dürfen. Man hat hier neben vielen anderen in der That mit einem Factor zu rechnen, gegen welchen nach dem Worte des Dichters „selbst die Götter vergebens kämpfen“, und ich glaube es liegt außerhalb der Macht einer jeden Gesetzgebung, Leute, die nun einmal ihr Geld los sein wollen, daran zu hindern. (Heiterkeit. Sehr wahr!) Der ganze Ernst, den der Gegenstand erhebt, wird der weiteren Behandlung der Sache zugewendet werden.

Ein Antrag v. Kardorff's in einer weitere Discussion des Gegenstandes einzutreten, findet bei den Mittelparteien, nicht auf der linken Seite des Hauses, die nöthige Unterstützung.

Abg. v. Kardorff: Die vorliegende Frage kann nicht für sich allein behandelt werden, ohne gleichzeitig Rücksicht zu nehmen auf unsere ganze wirthschaftliche Gesetzgebung seit 1867, man kann nicht einen Theil dieser Gesetzgebung abändern, ohne das Ganze in Mitleidenschaft zu ziehen. Dieselben Herren, die diese Gesetzgebung ins Leben gerufen, sehen nun mit Besorgniß die Folgen derselben, etwa wie eine Henne, die Eier ausgebüttelt hat und nun voll Angst steht, wie die Enten ins Wasser gehen. Obgleich ich die Interpellation unterstützt habe, ist mir doch die Popularitätshabscherei die daraus gefolgt werden könnte, bedenklich erschien. Jeder Angriff gegen das Börsentreiben ist heutzutage außerordentlich populär, besonders in den socialistisch angestellten Arbeiterkreisen und bei der nicht zu leugnenden Mästigung und Unzufriedenheit, die das Kleingewerbe, das Kleinbürgertum, den unteren Beamtenstand und nicht minder auch den Grundbesitz gegenwärtig ergriffen hat. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß diese Angriffe gerichtet sind gegen ein höchst nothwendiges Glied im Staatsorganismus, mag man es immerhin als den Magen betrachten, es vermittelte die Circulation der Säfte, ohne die alle äußeren Glieder labm gelegt würden. Es gab einen Staatsmann, der auch von so idealen Geichtspunkten ausging, wie der Abg. Lasser. Das war Robespierre, die Consequenzen seiner Maßregel waren aber die Guillotine, der Terrorismus und die Herrschaft des Directoiums. Öffentliche und Privatmoral zu verbessern, dazu gibt es nur ein Mittel, das ist die Kirche und die Schule. Wenn wir früher mit unserer wirthschaftlichen Gesetzgebung vielleicht einen Schritt zu weit nach links gegangen sind, so werden wir das nicht jetzt dadurch wieder gut machen, daß wir auf diesem einen Gebiet nun einen Schritt zu weit nach rechts geben. (Sehr richtig!) Jedenfalls werden wir zu prüfen haben, ob nicht auch die andern Zweige dieser wirthschaftlichen Gesetzgebung, vor Allem die Coalitionsfreiheit der Arbeiter, eine Modificatioen dringen bedarf.

Abg. Sonnemann: Das Gesetz vom Jahre 1870 war zunächst nothwendig, um für Deutschland den großen industriellen Aufschwung herbeizuführen, der seitdem tatsächlich eingetreten, nachdem es hierin gegen die anderen Industrielande um fast ein halbes Jahrhundert zurückgedieben war. Ich sehe in den Actiengesellschaften an sich eine wohlthätige Vorrichtung zu den Assoziationen im Allgemeinen, die auch dem einfachen Arbeiter einen Anteil an dem Ertrag gewähren sollen. Es wird der Zufunft beschieden sein, eine mittlere Form zwischen den Actiengesellschaften und den Produktionsgenossenschaften zu finden und herauszubilden. Nun ist allerdings eine sieberhafte Anspannung der Fabrik und Speculation eingetreten, die noch erhöht worden ist durch den bedeutenden Capitalzufluss der französischen Milliarden. Diese Anspannung hat Leute in den Vordergrund gedrängt, die ohne Mühe und Arbeit größtmöglichen Gewinn wollen, und das bringt diese Erscheinungen hervor. Ich stimme mit dem Interpellanten darin überein, daß die Generalversammlung in der Art ihrer Berufung und Zusammensetzung geändert, vor allem der Schwund der Altenberapitung beseitigt werden muß. Ebenso muß gegen die sogenannten Fusionen eingeschritten werden. In England gibt es nur Namenactien, keine Actien auf Haber; dieser Punkt muß auch wohl berücksichtigt werden. Eine weitere Garantie ist die Bedingung größerer Öffentlichkeit, die über die beim Ankauf wirklich gezahlten Summen Auskunft giebt. Es ist vorgekommen, daß man eine Thüringische Schieferbau-Actiengesellschaft mit 300,000 Thlr. gegründet hat, während das ganze Object derselben nur 4000 Thlr. betrug. (Heiterkeit.) Es sind aber auch durch Mitwirkung der Regierungen solche Verkaufsgeschäfte gemacht worden; so Koblenzbergwerke von der braunschweigischen, die Saline von der meininger Regierung. Man hat Siegel-Actiengesellschaften gegründet mit 20 Prozent Agio, ohne daß man die Biegelei erworben hätte, sondern nur für die Aussicht auf die Erwerbung. Allen diesen Missbrüchen kann nur durch Veröffentlichung der wirklich gezahlten Summen gesteuert werden.

In Baden wurde ein Gründungsprospect bezüglich eines Bergwerks veröffentlicht und hinterher erklärte die bavische Handelskammer, daß dieses Bergwerk gar nicht existire (Ruf: die Presse Heiterkeit). Nun ich schwäche auch von der Presse nicht, sie hat zu Läusungen auch viel beigebracht; aber befreien Sie die Presse nur erst von ihren Lasten, so werden diese Biegelei erworben haften, sondern nur für die Aussicht auf die Erwerbung. Alle diesen Missbrüchen kann nur durch Veröffentlichung der wirklich gezahlten Summen gesteuert werden.

In Baden wurde ein Gründungsprospect bezüglich eines Bergwerks veröffentlicht und hinterher erklärte die bavische Handelskammer, daß dieses Bergwerk gar nicht existire (Ruf: die Presse Heiterkeit). Nun ich schwäche auch von der Presse nicht, sie hat zu Läusungen auch viel beigebracht; aber befreien Sie die Presse nur erst von ihren Lasten, so werden diese Biegelei erworben haften, sondern nur für die Aussicht auf die Erwerbung. Alle diesen Missbrüchen kann nur durch Veröffentlichung der wirklich gezahlten Summen gesteuert werden.

In Baden wurde ein Gründungsprospect bezüglich eines Bergwerks veröffentlicht und hinterher erklärte die bavische Handelskammer, daß dieses Bergwerk gar nicht existire (Ruf: die Presse Heiterkeit). Nun ich schwäche auch von der Presse nicht, sie hat zu Läusungen auch viel beigebracht; aber befreien Sie die Presse nur erst von ihren Lasten, so werden diese Biegelei erworben haften, sondern nur für die Aussicht auf die Erwerbung. Alle diesen Missbrüchen kann nur durch Veröffentlichung der wirklich gezahlten Summen gesteuert werden.

Abg. Lesser erkennt vollständig die Mängel der bestehenden Gesetzgebung an, wünscht aber, daß mit Vorbehalt vorgenommen werde und daß man vor Allem das Resultat der Untersuchungs-Commission abwarte. Auch werde zu erwägen sein, ob nicht für einzelne Industrie-Unternehmungen, Bank-Institute z. Specialgezege nothwendig seien. Alle diese Fragen werden am besten einer Enquête zu unterwerfen sein, zu der auch Mitglieder und Bevölkerung des Handelsstandes zugezogen werden müssten.

Damit schließt die Discussion und das Haus verläßt sich gegen 5 Uhr bis Montag, 21. April 1 Uhr. (Tages-Ordnung: Posttag- und Münz-Gesetz)

Berlin, 4. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Lieutenant z. D. v. Bieren, bisher Commandant der Festung Königstein, d. v. Stern zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Hauptmann Heyde in der 3. Ingenieur-Inspection des Roten Adler-Ordens vierter Klasse; dem Gymnasial-Inspector Dr. Strahl zu Prenzlau und dem Rentner Gerhard Heinrich von Straaten zu Kreuz, Kr. St. Cleve, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; und dem Geschäftsbüro Schwarz zu Kallau, Kreis Neisse, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben den königlich preußischen Landrat des Templer Kreises, Grafen v. Arnim-Breyenberg, zum kaiserlichen Bezirks-Präsidenten des Bezirks Löwenberg, an Stelle des königlich preußischen Staatsdienstes zurückgetretenen Graesa zu Culenburg ernannt.

Se. Majestät der König hat den Landrat Alfred Graess in Prüm zum Regierungs-Rath ernannt.

Der Garten-Inspector Neide hieselbst ist zum königlichen Garten-Director ernannt worden. — Dem Wasserbau-Inspector Krab in Tilsit ist die Meliorations-Bau-Inspectorstelle für die Provinz Preußen verliehen worden.

Dem Wasserbau-Inspector Rose in Frankfurt a. O. ist die Meliorations-Bau-Inspectorstelle für die Provinz Schlesien verliehen worden.

Berlin, 4. April. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute Vormittag den Wirklichen Geheimen Rath Grafen Ritter, den commandirenden General des VII. Armee-Corps, General der Cavallerie Grafen zu Stolberg, sowie den Commandanten von Berlin, General-Lieutenant von Schwarzkoppen, und nahmen militärische Meldungen entgegen. Ferner hörten Allerbördt deselben die Vorträge des Polizei-Präsidenten von Madai, des Ministers des Königlichen Hauses Freiherrn von Schleinitz, der Hofmarkhalle Graf Pückler und Graf Personher und des Ober-Ceremonienmeisters Grafen Stillfried.

Gestern fand im königlichen Palais eine musikalische Abendunterhaltung statt, bei welcher sich, unter Leitung des Ober-Kapellmeisters Laubert, die italienische Opern-Gesellschaft des Herrn Pollini mit Frau Artot-Padilla begeistigte.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahmen gestern um 11 Uhr militärische Meldungen entgegen. Um 1½ Uhr begaben sich beide Höchste Herrschaften nach dem Kaiserin-Augusta-Sift in Charlottenburg und wohnten einem Schutturnen von Turnschülerinnen in der Invalidenstraße bei. Um 6 Uhr empfing Se. Königliche Hoheit den Geheimen Rath Schöne. Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzession erhielten Audienz: der Gräfin v. Roon, der Generalin v. Schwarzkoppen, der Generalin v. Stiehle, der Generalin v. Rheinbaben, der Gräfin v. Bentendorf, der Gräfin von der Asseburg und der Gräfin von der Malzahn. Um 9½ Uhr besuchten Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hohheiten die Sozieté bei Ihren Majestäten. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 4. April. [Das Herrenhaus und die kirchlichen Gesetze. — Graf Königsmaier.] Das Herrenhaus hat also die Vorlage über die Verfassungs-Änderungen in zweiter Lesung mit noch größerer Majorität als in der ersten Lesung genehmigt. Nach den Namen derselben, welche sich der Majorität zugesellt haben, zu schließen, scheint die eindringliche und erste Mahnung der jüngsten „Prov.-Corr.“ nicht ohne Einfluß auf das Stimmbverhältniß geblieben zu sein. Andererseits erfährt man allerdings, daß der Artikel des ministeriellen Blattes von verschiedenen Herrenhaus-Mitgliedern recht überl vermerkt worden ist. Namentlich weiß man mit aller Energie den Vorwurf zurück, daß eine Verschleppung der kirchlichen Gesetzgebung von Seiten der Rechten des Hauses gerne gesehen, oder sogar beabsichtigt worden sei. Nur aber wird doch nicht zu bestreiten sein, daß die Rechte diesen Gesetzen abgeneigt ist und an verschiedenen Stellen der Vorlagen Amendirungs-Versuche gemacht hat. Jede Amendirung aber, selbst die geringste, würde die größten Schwierigkeiten und Weltläufigkeiten mit sich führen, so daß die ganze Angelegenheit möglicherweise für diese Session des Landtages im Sande verlaufen könnte. Man wird ferner nicht leugnen wollen, daß die Art und Weise, wie die Commissionssitzungen betrieben worden sind, den Verdacht einer absichtlichen Verschleppung sehr nahe legen; der heutige Antrag des Herrn v. Bernuth deutet darauf hin, daß man in dieser Beziehung nicht allgemein im Herrenhause anderer Meinung ist, als die „Prov.-Corr.“ Endlich ist noch der Antrag des Herrn v. Sonnenburg, in der heutigen Herrenhaussitzung nicht außer Acht zu lassen, der geradezu eine Entherrnung der Angelegenheit von der Tagesordnung, also eine Verjährung der Entscheidung anstrebt. — Den neuesten Entschließungen folge ich der Grafen Königsmaier in seinem Amte als landwirtschaftlicher Minister verbleiben. Wie ich höre, hat der Kaiser ausdrücklich den Wunsch geäußert, daß der Minister sein Portefeuille beibehalten möge, und es soll dieser Wunsch auf die Entscheidung des Grafen Königsmaier von wesentlichem Einfluß gewesen sein.

[Vom Hofe.] Offizieller Angabe zufolge gedenkt die Kaiserin gleich nach dem Osterfest einen mehrwochentlichen Aufenthalt in Koblenz zu nehmen und sich dann zum Gebrauch einer Frühjahrskur nach Baden-Baden zu begeben. — Die Abreise des Kaisers nach St. Petersburg ist nunmehr auf den 24. April angesetzt. Derselbe wird etwa 10 Tage am russischen Hofe verbleiben und dann nach Berlin zurückkehren. Neben dem Termin für den beabsichtigten Besuch am österreichischen Hofe sind noch keine festen Bestimmungen getroffen.

[Zur Wiener Ausstellung.] Vorgestern Abend fand in einem der Commissionssitzungs-Säle des Abgeordnetenhauses eine Versammlung des Comite's statt, welches sich unter dem Protectorate des Kronprinzen zur Beförderung von Arbeitern und Industriellen zur Wiener Ausstellung gebildet hat. Der Kronprinz wohnte längere Zeit der Berathung bei, welche der Vorsitzende des Comite's, Professor Dr. Gneist, leitete. Derselbe erstattete einen Bericht über die bisherige Thätigkeit des Comite's, welches bereits 10,000 Thlr. ungefähr die Hälfte der erforderlichen Summe, zusammengebracht hat. Man will bei der Wiener Ausstellung, wenn thunlich, einer gleich großen Anzahl von Arbeitern und Industriellen die Vortheile des möglichst billigen Besuches zuwenden, wie dies im Jahre 1867 bei der Pariser Ausstellung gelungen ist.

[Eisenbahnauffall.] Am 2. d. M. stieß auf der Station Bexen (Bergisch-Märkische Bahn) der Personenzug Nr. 16 1 Uhr 40 Min. Nachmittags von Steele nach Düsseldorf auf einen rangierenden Güterzug. Ein Passager wurde dabei getötet und ein anderer schwer verletzt. Strengste Untersuchung dieses bedauerlichen Vorfalls ist sofort eingeleitet.

Königsberg, 4. April. [Schreiben des Bischofs Cremens.] Die „Österr. Zeitung“ veröffentlicht die deutsche Übersetzung des lateinischen Antrittsredens des Bischofs Cremens an den Diözesanclerus, welches in dieser Übersetzung, wie folgt, lautet:

„Philippus, durch Gottes Erbarmung und des heiligen apostolischen Stuhles Gnade Bischof von Ermland, Doctor der heiligen Theologie, dem hochwürdigen Clerus der Diözese Ermland Gruss im Herrn! Es ist Gottes Heuerste Brüder, nicht unbekannt, daß zu der Zahl derjenigen, welche wir einstmals als sehr gelehrte Gentlemen in der Bestellung des Weinberges des Herrn gehabt haben und zur Einheit der brüderlichen Liebe wieder aufgenommen uns liebhol schen, welche wir aber jetzt als Verächter des katholischen Autorität und Gegner des katholischen Glaubens mit Schmerzen entzagen, auch abgefallen ist der Priester Joseph Grunert, vormalis Curatus von Jüterburg. Dieser nämlich hat es gewagt, mit Berachtung unserer väterlichen Ermahungen nicht nur der lehrenden Kirche den Glauben zu versagen, sondern er ist gar bis zu dem Grade der Verwegheit vorgeschritten, daß er sich anmaßt, mit Hintansetzung der über ihn als einem hartnäckig Widerstreben verbürgten Censuren, mit gotteslästerlicher Hand das Opfer der Messe darzubringen, die heiligen Saltamente zu verwalten, der Feier von Ehebündnissen Assisten zu leisten und sich, gemäß der den Regfern gewöhnlichen Sitte auf die weltliche Macht stützend, wiewohl ihm durch den ihm rechlich vorgesehenen Bischof jede kirchliche Jurisdiction und Gewalt genommen ist, dennoch als Bischof und Hirt der Schafe zu gebären und dadurch offenbar zu zeigen, daß er nicht durch die Thüre, sondern anders woher in den Schafen des Herrn, aus dem er mit Recht hinausgeworfen, eingedrungen ist. Da dieses Mannes Absall vom Glauben und die über ihn verhängte Strafe bereits bekannt ist, so könnte ich mich süßlich überheben, gegen ihn die von der heiligen vaticanschen Synode ausgesprochene Sentenz der Excommuni-

cation und Irregularität auszusprechen; indem ich sie aber dennoch hiermit verkündige, beabsichtige ich unter allen Umständen zu hindern, daß unkundige Menschen durch die Machinationen des dem trügerischen Schein eines Pfarrers Annehmenden sich in Irrthum führen lassen. Deshalb, meine Brüder, möget Ihr, wo es nothwendig ist, fortfahren, die Gläubigen, sei es in der Predigt oder schriftlich zu instruiren, besonders Jene und deren Eltern, Vormünder und Verwandten, welche unter dem Militär oder in dem Arbeitshaus weilend, gezwungen werden, den Apostaten bei der Predigt oder der Darbringung der heiligen Geheimnisse oder der Ausübung der Seelsorge anzugehen oder, vielleicht betrügerischer Weise hingegangen, ihn angeben: daß er als ein vom Banne Getrostener zur Berrichtung gleichviel welches kirchlichen Amtes und Dienstes jeder Geistlichkeit und Gewalt durchaus bereaubt ist, daß alle seine pastoralen Handlungen, welche in Kraft und Wirkung seiner Weise geltig sind, wegen Verachtung der von Christus dem Herrn der Kirche übertragenen Macht geschränkt und unter einer schweren Sünde unerlaubt und daher von allen Katholiken durchaus zu meiden sind; daß aber jene, welche eine Jurisdicition erfordern, z. B. die sacramentalen Absolution, die Assistenz bei der Schließung von Ehen und andern der Art, durchaus nichtig und ungültig sind, daß überdies es jedem Katholiken als ein schweres Verbrechen angerechnet werden wird, in kirchlichen Dingen mit einem solchen Excommunicirten Gemeinschaft zu pflegen. Im Uebrigen werdet Ihr, meine Brüder, indem Ihr mit allem Eifer wacht, daß die Euch anvertrauten Seelen keinen Schaden nehmen, und indem Ihr unter großer Betrübniss des Geistes und Kummerlos des Herzens den lins abirrende Priester und seine abgewichenen Genossen der Barmherzigkeit Gottes inbrünstig empfehlt, mit mir, Geliebtesten, keinen angelegentlicheren Wunsch haben, als daß diese aus dem Vaterhause geflohenen Brüder noch zur erwünschten und passenden Zeit in den Schoß der Mutterkirche, welche sie mit großer Sehnsucht erwartet, zurückkehren, daß sie wiederum eine göttliche Geneigtheit zur Wiedergewinnung des früheren Glaubens und der Liebe finden und hieraus für ihre Augen Klarheit und für ihre Seelen Heil schöpfen und niemals jenen Unglücks begegnen mögen, deren Verberben nicht schlägt und deren Verblendung unheilbar ist.

Gegeben zu Frauenburg, den 26. März 1873.

+ Philippus, Bischof.

Königsberg, 4. April. [Der altkatholische Pfarrer Grunert] erklärt in einer in der heutigen Nummer der „Österr. Ztg.“ veröffentlichten Erwiderung, daß die vom Bischof von Ermland gegen ihn ausgesprochene Excommunication keinen anderen Zweck haben könne, als ihn der allgemeinen Verfolgung Preis zu geben, da der Bischof wissen müsse, daß seine Warnung vor blos „kirchlicher Gemeinschaft“ doch als eine allgemeine Verfolgungsbordre werde angesehen werden. Zugleich behält sich der Pfarrer Grunert alles Weiteres gegen den Bischof vor.

Danzig, 1. April. [Bestrafung.] Der Lieutenant v. H. der vor einiger Zeit bei Gelegenheit der Instruction von Rekuten mehreren derselben die Nase mit der Cigarre verbrannt hat, verbläst nun mehr, wie der „Pr. Lit. 3.“ geschrieben wird, die über ihn verhängte Festsitzungstrafe von 9 Monaten in Pillau.

Ems, 2. April. [Denkmal.] Endlich ist das historische Plätzchen in der Nähe des Commissariatsgebäudes, wo König Wilhelm am 13. Juli Abends zwischen 6 und 7 Uhr die Jüdringlichkeit des französischen Botschafters Grafen Benedetti, niemals wieder die Einwilligung zu geben, wenn die Hohenzollernsche Throncandidatur in Spanien wieder auftreten sollte, kurz abwies und die Verhandlungen abbrach, gefestigt worden: man hat da, wie die „Elb.-Ztg.“ mittheilt, einen Marmorestein mit dem betreffenden Datum eingefügt.

Detterfeld.

Wien, 4. April. [Das Herrenhaus] nahm heute die Mittheilung von der erfolgten Sanction des Wahlreformgesetzes ebenfalls mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser entgegen. Darauf wurde das Finanzgesetz für 1873 en bloc angenommen.

Provinzial-Zeitung.

* Breslau, 5. April. [Höhere Handels-Lehranstalt.] Am 3. d. Mts. fand die Abiturientenprüfung unter der Leitung des Regierungs- und Schulrats Ranke statt. Sieben Primaner beteiligten sich an den gesammten schriftlichen und mündlichen Prüfungen und erhielten das Zeugnis der Reife; zwei von ihnen erwarben das Prädikat vorzüglich.

Babyz, 3. April. [Einweihung.] Am gestrigen Tage wurde hierorts ein neuer Gottes Tempel eingeweiht, es ist dies von unserer noch jungen, kleinen, aber strebsamen jüdischen Gemeinde vor 2 Jahren begründete und in diesem Jahre vollendete, nicht nur den Verhältnissen entsprechende, sondern in würdigem und monumentalem Styl erbaute Synagoge.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

April 4. 5.	Nachm. 2 U.	Abends. 10 U.	Morg. 6 U.

</

Wien, 3. April. Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn vom 19. bis zum 25. März 1,293,367 fl. gegen 1,163,268 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wocheneinnahme 130,097 fl. Vierherige Mehreinnahme vom 1. Januar 1873 ab 1,286,063 fl.

[*Österreichische 1854er Loope.*] Verlosung vom 1. April 1873.

Gezogene Serien:

78 230 325 332 591 605 1027 1047 1221 1531 1604 1611 1645 1663
1739 1783 1965 2031 2356 2424 2643 2794 3044 3171 3467 3483
3635 3840.

Prämien:

Serie 2794 Nr. 26 a 110,000 fl.

Serie 1027 Nr. 17 a 20,000 fl.

Auf alle übrigen, in den obigen Serien enthaltenen und hier nicht besonders aufgeführten Gewinn-Nummern der Schildverschreibungen entfällt der geringste Gewinn von je 300 fl in österreichischer Währung.

Berlin, 4. April. Weizen: Termine in fester Haltung. Gestundigt 8000 Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 68—88 Thlr. pro 1000 Kilog. nach Qualität bez. pro April 86½—½—½—½ Thlr. bez., April-Mai 86½—½—½—½ Thlr. bez., Mai-Juni 85½—86—85½ Thlr. bez., Juni-Juli 85½—½—½ Thlr. bez., Juli-August 83½—84—83½ Thlr. bez., September-October — Thlr. bez., gelber — Thlr. bez. — Roggen loco ging nicht viel um. Termine unterlagen heute unter dem Einbruch der fortgesetzten größeren Kündigungen, die schwerfälliger Aufnahme begegneten, stärkeren Anerbietungen, besonders in Realisationen, und konnte man auf alle Sichten etwas billiger antommen. Gestundigt 25,000 Ctnr. Kündigungspreis 54% Thlr. Loco 55—57 Thlr. pro 1000 Kilog. nach Qualität gefordert, russischer — Thlr. bez., tschechischer 55—56½ Thlr. ab Bahn bez. pr. April 54% Thlr. bez., April-Mai 54% Thlr. bez., Mai-Juni 54%—½ Thlr. bez., Juni-Juli 54%—½ Thlr. bez., Juli-August 54½—54% Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October 54—53% Thlr. bez. — Rüböl per April-Mai blieb unter dem Einbruch der Kündigungen im Werthe geblüht. Gestundigt 15,600 Ctnr. Kündigungspreis 20% Thlr. Loco 20% Thlr. bez. — Spiritus matt und niedriger, loco ohne Farb 18 Thlr. bis 17 Thlr. 28 Sgr. bez. vro April 18 Thlr. 10—7 Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 10—7 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 12—10 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Thlr. 21—20 Sgr. bez., Juli-August 18 Thlr. 29—28 Sgr. bez., August-September 19 Thlr. 4—2 Sgr. bez. — Gestundigt 390,000 Liter. Kündigungspreis 18 Thlr. 9 Sgr. — Wetter: Trübe.

Breslau, 5. April, 9% Uhr Vorm. Der Geschäftsvorkehr war sehr schwach, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in fester Haltung, pr. 100 Kilog. schlesischer weißer 6½—8½ Thlr. gelber 6½—8½ Thlr. feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur seine Qualitäten gut beachtet, pr. 100 Kilog. 5½ bis 5¾ Thlr. feinste Sorte 6½ Thlr. bezahlt.

Gehste preishaltend, pr. 100 Kilog. 5—5½ Thlr. weiße 5½—5¾ Thlr.

Hafser sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4% bis 4½ Thlr. feinste Sorte aber Notiz bezahlt.

Erbsen matter, pr. 100 Kilogr. 4%—5% Thlr.

Widder offerirt, pr. 100 Kilogr. 4—4½ Thlr.

Kupferne gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. gelbe 2½—3½ Thlr. blaue 2½ bis 3% Thlr.

Hobnässen ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlesische 5%—6 Thlr.

Mais schwach zugeführt, pr. 100 Kilogr. 5½—5¾ Thlr.

Delfaaten gut behauptet.

Schlaglein sehr fest.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Pf.

Schlag-Leinsaat 8 15 — 9 — —

Winter-Raps 9 — — 9 5 — 9 17 6

Winter-Rüben 8 5 — 8 7 6 8 25 —

Sommer-Rüben 8 — — 8 7 6 8 25 —

Leindotter 7 — — 7 15 — 8 2 6

Rapskuchen offerirt, schlesische 68—70 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 87—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat schleppernder Umsatz, rothe 12—16% Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 12—18 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochste über Notiz bezahlt.

Thymotree mehr Kauflust, 8—9½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3½—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen,

(Aus Wolff's Teleg.-Bureau.)

Braunschweig, 4. April. Die Adresse der Landes-Versammlung an den Herzog wegen der Militär-Convention mit Preußen wurde durch eine Deputation überreicht und betont auf das Eindringlichste den Wunsch, die Braunschweiger Truppen wieder im Lande zu sehen, was ohnedies schwerlich geschehen werde; der Herzog werde die zu bringen den Opfer gegenüber der Erreichung des Ziels nicht zu hoch ansetzen.

Wien, 4. April. Die Meldung des „Wiener Tageblattes“, Bismarck habe einen großen Grundbesitz in Galizien erworben, ist gutem Vernehmen nach völlig grundlos. Bismarck erkaufte außerhalb Preußens niemals eine Scholle Land.

Genf, 4. April. Ein hier erschienener carlistischer Agent ist, da die spanische Republik von der Schweiz anerkannt worden ist, auf Befehl des Bundesrates ausgewiesen worden. Derselbe befand sich im Besitz einer Summe von 250,000 Fr.

Versailles, 4. April, Abends. Die National-Versammlung nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Municipalität von Lyon, mit 401 gegen 173 Stimmen an, wählte die Permanenz-Commission nach der aufgestellten Liste und beschloß den Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung für Paris und die occupirte gewesenen Departements, vor den Ferien zu berathen; sie hält morgen Vormittag und Abend Sitzungen.

Versailles, 4. April. National-Versammlung. Buffet, der Kandidat der Rechten, ist mit 304 Stimmen gegen 285 Stimmen, welche auf Martel fielen, zum Präsidenten der National-Versammlung gewählt worden. 8 Stimmen waren ungültig.

Havre, 3. April. Der Postdampfer des baltischen Lloyd, „Franklin“, welcher am 29. März von Swinemünde abgegangen war, ist hier wohl erhalten eingetroffen und geht morgen nach New-York weiter.

Rom, 4. April. Der Gesandte in Madrid, Barral, ist hier eingetroffen.

Rom, 4. April. Kammerstzung. Sella legte Gesetzentwürfe, betreffend die Bedeckung der Mehrfordernisse des Kriegsbudgets und der Erhöhung der Beamtengehalte vor. Die Kammer vertrug sich bis zum 22. April.

Rom, 4. April. Im Besitzen des Papstes ist Besserung eingetreten. — Der König hat sich heute zum Besuch der Prinzessin Elvile und der Herzogin von Asturias nach Turin begeben. — Der seitliche italienische Gesandte in Madrid, Graf de Barra, ist hier eingetroffen.

Petersburg, 4. April. Die japanische Gesandtschaft ist gestern vom Kaiser in Audienz empfangen. Heute wird derselbe das St. Georgs-Orden-Dragoner-Regiment, welches für die Dauer des Aufenthalts des deutschen Kaisers hierher beordert ist, besichtigen. Nach einem hier eingetroffenen Schreiben aus Uralsk liegen in Folge eines strengen Winters noch allenthalben große Schneemassen und dürfte deshalb der Feldzug nach Khiwa für die Truppen ungewöhnlich große Anstrengungen und Strapazen mit sich bringen.

Petersburg, 4. April. Das Verbot der „Neuen Zeitung“ ist nicht, wie gestern gemeldet, durch einen Angriff auf das Cassations-Departement, sondern durch eine Verlegung des öffentlichen Anstandes, die sich das Blatt hatte zu Schulden kommen lassen, veranlaßt.

Kopenhagen, 4. April. In der Antwort des Königs auf die Adressen des Volksstings wird hervorgehoben, daß dieselbe aus einem Verkennen der verfassungsmäßigen Grundgesetze hervorgegangen sei; nach der Überzeugung des Königs habe dies Verkennen die weitausliche Veranlassung dazu gegeben, daß die Hoffnung auf ein fruchtbares Zusammenspiel zwischen Regierung und Landesvertretung gefäuscht

worden sei. Der König habe den festen Willen, die ruhige Entwicklung des Landes zu wahren. Mit der Adresse des Landstings erklärt der König sein Einverständniß und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Werk der Gesetzgebung durch ein entgegenkommendes Zusammenspielen beider Häuser der Landesvertretung gefördert werden möge.

Athen, 4. April. Die königliche Familie ist auf einer Reise nach den Inseln begriffen.

Athen, 4. April. Der König hat mit seiner Familie und dem Prinzen von Holstein-Glückburg eine Rundreise nach den griechischen Inseln angetreten.

Berliner Börse vom 4. April 1873.

Wechsel-Course.

		Divid. pro	1871	1872	Zf.
Amsterdam	2. S. 4	139½ bz.	—	—	44% bz. B.
do	do	138½ bz.	—	—	15%—19 bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S. 4	—	—	195 bz. G.	
do	do	—	—	111 bz.	
London 1 Lst.	3 M. 4	629½ bz.	—	—	226½ bz.
Paris 300 Frs.	M. 5	91½ bz. G.	12	—	189½ bz. B.
Wien 150 Fl.	T. 5	91½ bz. G.	12	—	183½ bz. G.
do	do	105% bz.	11	12	166% bz.
Böh. Westbah.	8½	—	—	—	115½ bz.
Breslau-Freib.	9½	—	—	—	107 G.
de. neu	—	—	—	—	151½ bz. G.
Osn.-Minden	—	11½	—	—	113½ bz. G.
Berg.-Markische	7½	—	—	—	64½ bz. G.
Berlin-Anhalt	—	—	—	—	102½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	—	—	111 bz.
Berlin-Hamb.	10%	—	—	—	217 bz.
Potzd.-Magd.	—	—	—	—	193 bz.
Berlin-Stettin	11½	12	—	—	20½ bz.
Böh. Westbah.	8½	—	—	—	131½ bz.
Breslau-Freib.	9½	—	—	—	115½ bz.
de. neu	—	—	—	—	107 G.
Osn.-Minden	—	11½	—	—	151½ bz. G.
Berg.-Markische	7½	—	—	—	113½ bz. G.
Berlin-Anhalt	—	—	—	—	64½ bz. G.
Berlin-Görlitz	—	—	—	—	102½ bz.
Berlin-Hamb.	10%	12	—	—	217 bz.
Potzd.-Magd.	—	—	—	—	193 bz.
Berlin-Stettin	11½	12	—	—	20½ bz.
Böh. Westbah.	8½	—	—	—	131½ bz.
Breslau-Freib.	9½	—	—	—	115½ bz.
de. neu	—	—	—	—	107 G.
Osn.-Minden	—	11½	—	—	151½ bz. G.
Berg.-Markische	7½	—	—	—	113½ bz. G.
Berlin-Anhalt	—	—	—	—	64½ bz. G.
Berlin-Görlitz	—	—	—	—	102½ bz.
Berlin-Hamb.	10%	12	—	—	217 bz.
Potzd.-Magd.	—	—	—	—	193 bz.
Berlin-Stettin	11½	12	—	—	20½ bz.
Böh. Westbah.	8½	—	—	—	131½ bz.
Breslau-Freib.	9½	—	—	—	115½ bz.
de. neu	—	—	—	—	107 G.
Osn.-Minden	—	11½	—	—	151½ bz. G.
Berg.-Markische	7½	—	—	—	113½ bz. G.
Berlin-Anhalt	—	—	—	—	64½ bz. G.
Berlin-Görlitz	—	—	—	—	102½ bz.
Berlin-Hamb.	10%	12	—	—	217 bz.
Potzd.-Magd.	—	—	—	—	193 bz.
Berlin-Stettin	11½	12	—	—	20½ bz.
Böh. Westbah.	8½	—	—	—	131½ bz.
Breslau-Freib.	9½	—	—	—	115½ bz.
de. neu	—	—	—	—	107 G.
Osn.-Minden	—	11½	—	—	151½ bz. G.
Berg.-Markische	7½	—	—	—	113½ bz. G.
Berlin-Anhalt	—	—	—	—	64½ bz. G.
Berlin-Görlitz	—	—	—	—	102½ bz.
Berlin-Hamb.	10%	12	—	—	217 bz.
Potzd.-Magd.	—	—	—	—	193 bz.
Berlin-Stettin	11½	12	—	—	20½ bz.
Böh. Westbah.	8½	—	—	—	131½ bz.